

Presseinformation

Hamburg, den 01.11.2010

Das Wohl der Kinder darf nicht zur Ideologie verkommen

- **Die Lesben und Schwulen in der Union (LSU) begrüßen den Vorstoß von Justizsenator Steffens im Adoptionsrecht**
- **Kindeswohl darf nicht unter ideologische Kontroverse leiden**

Die Lesben und Schwulen in der Union (LSU) begrüßen ausdrücklich den Vorschlag von Justizsenator Till Steffen (GAL), ein Adoptionsrecht für homosexuelle Lebenspartnerschaften einzurichten. Gleichzeitig kritisiert die LSU die Haltung der Hamburger CDU, nach welcher das Adoptionsrecht erst in 20 bis 30 Jahren gesellschaftspolitisch aktuell werde.

Kein Widerspruch zur christlichen Orientierung

Laut CDU-Justizpolitikern Viviane Spethmann sieht die Hamburger CDU keine Chance einer Bundesratsinitiative, durch die andere Formen des Zusammenlebens mit der Ehe gleichgestellt werden, was offenbar durch das Adoptionsrecht angestoßen werden würde. In dem Argument, die Union sei für die Gleichstellung mit der Ehe „zu christlich orientiert“ (Hamburger Abendblatt vom 01.11.2010), lässt die LSU nicht gelten: „Der Begriff der Christlichkeit ist ebenso weit auslegbar wie der Glaubensbegriff. Und Christlichkeit umfasst doch wohl auch die Verpflichtung zur Nächstenliebe und zum Schutz der Schwächeren“, sagt Christian Röbbcke, Vorsitzender der LSU Nord und des LSU Landesverbands Hamburg.

„Die Union läuft derzeit Gefahr, sich in eine Sackgasse des Traditionalismus zu verrennen. Das passt in der Debatte um die Adoption nicht zum Wohle der Kinder, um welches es stets gehen sollte. Die Hamburger CDU hat sich hier in

der Gleichstellungsfrage der vergangenen Jahre eher als modern hervorgetan. Die aktuellen Aussagen sind daher eine herbe Enttäuschung.“

Werte werden auch in gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften gelebt

Traditionelle Werte, die in der Union groß geschrieben werden, wie Eigenverantwortung, Fürsorge und Solidarität werden in gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften ebenso gelebt wie in heterosexuellen Lebensgemeinschaften. Der Kindeserziehung entsteht kein Nachteil durch lesbische oder schwule Eltern. Für Schwule und Lesben, die sich bereit erklären, füreinander zu sorgen und Kindern die Möglichkeit zu geben, sich in einem stabilen Umfeld zu entwickeln, ist es daher nur schwer nachzuvollziehen, warum dieses Recht erst in 20, 30 Jahren institutionalisiert sein soll. Bei der Adoption muss es grundsätzlich um das Wohl des Kindes gehen und ist immer im Einzelfall zu prüfen. – Unabhängig von der sexuellen Identität der potenziellen Adoptiveltern.

„Die Union versucht krampfhaft am ultrakonservativen Rand nach Stimmen zu fischen, statt ihre pragmatische Regierungsfähigkeit weiter unter Beweis zu stellen. Das ist traurig und völlig unnötig, weil konservativ und modern sich nicht ausschließen müssen“, kommentiert Röbbcke. „Wir werden weiterhin das Gespräch mit CDU suchen und daran arbeiten, die rechtlichen Perspektiven für Menschen zu verbessern, die füreinander Pflichten übernehmen möchten.“

LSU Nord

Der Regionalverband Nord der Lesben und Schwulen in der Union (LSU) umfasst die Bundesländer Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Dem Regionalverband gehören ca. 80 Mitglieder an. Die LSU ist eine den Unionsparteien nahe stehende Vereinigung, die auf der Grundlage ihres Netzwerks die rechtliche Gleichstellung homosexueller Menschen fordert und fördert.

Kontakt:

Christian Röbbcke

01577-1768663

Christian.Roebcke@lsu-online.de